



Niederschrift

- öffentlicher Teil - über die 15. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau des Stadtrates der Stadt Fürstentfeldbruck

Sitzungsort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

14.07.2022

Sitzungstag: Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender, 2. Bürgermeister

Stangl, Christian

Bemerkungen:

Schriftführer/in

Hess, Christine

Ausschussmitglieder

Best, Adrian

Bosch, Albert

Brückner, Thomas

Götz, Christian

bis 18.45 Uhr anwesend

Halbauer, Jan

Kellerer, Martin

Klehmet, Johann, Dr.

Piscitelli, Michael

Weinberg, Irene

bis 19.45 Uhr anwesend (ab TOP 7 abwesend)

Zierl, Alexa, Dr.

Vertreter/in

Danke, Karl

ab 18.45 Uhr bis 19.45 Uhr (ab TOP 7 abwesend).

Glockzin, Peter

Rubin, Lisa

bis 19.45 anwesend (ab TOP 7 abwesend).

Abwesend:

Dr. Boß

Grund:

nicht entschuldigt

Vom Haus:

Herr Dachsel, Frau Thron, Herr Viehbeck, Herr Probst, Frau Gessner, Frau Miramontes

Öffentliche Tagesordnung

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
2. Verkehrsrechtliche und umweltrechtliche Fragen
3. Sachantrag-Nr. 046 - "Beteiligung an der Earth Night und schrittweise Reduzierung der Lichtverschmutzung" / Sachstandsmitteilung
4. Vergabe Erneuerung Busspur Geschwister-Scholl-Platz
5. Vergabe "Wechsel bestehender Straßenlichtpunkte im Stadtgebiet auf LED-Technik", Abschnitt 5
6. SA Nr. 81 Radverkehrssicherheit erhöhen - Einrichtung einer Fahrradzone in der H.-Sachs-Str., Luitpoldstr. und dem Stockinger Weg und Freigabe der Luitpoldstraße für Radverkehr in Gegenrichtung
7. Attraktivität des Radverkehrs erhöhen - Errichtung von Schutzstreifen am Leonhardsplatz und in der Münchner Straße zwischen Amperbrücke und Stockmeierweg als Sofortmaßnahme
8. Neuordnung und Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in der Hauptstraße
9. Europäische Mobilitätswoche 2022 und autofreier Sonntag
10. Verschiedenes

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Herr 2. Bürgermeister Stangl eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit gemäß Artikel 47 Abs. 2 GO fest.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

TOP 1	Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
--------------	--

TOP 2	Verkehrsrechtliche und umweltrechtliche Fragen
--------------	---

Herr Stadtrat Kellerer bemängelt, dass in der Cerveteristraße Nähe Stadtwerke eine hohe Anzahl Kleintransporter mit Freisinger Kennzeichen (Amazon) parken.

Frau Thron – Sichert eine Überprüfung zu.

Frau Stadträtin Dr. Zierl teilt mit, dass in der Schöngeisinger Straße, Höhe Einmündung Senserbergstraße LKW's parken.

Herr Stadtrat Bosch bestätigt, dass in der Schöngeisinger Straße zwischen Eisenbahnbrücke und Ameisenstüberl nachts LKW's stehen.

Frau Thron sichert Überprüfung zu.

Herr Stadtrat Glockzin berichtet von einem Zeitungsartikel, dass auf dem Gehweg parkende Zweiräder durch die KVÜ verwarnt werden und bemängelt dies.

Frau Thron erläutert, dass dies erforderlich ist, um alle Berechtigten auf dem Gehweg zu schützen.

Herr Stadtrat Heimerl teilt mit, dass er erfahren hat, dass in Nürnberg oder Augsburg gegen E-Roller vorgegangen wird. Er bittet sich diesbezüglich zu erkundigen, um zu verhindern, dass noch mehr Betreiber ihre E-Roller nach FFB bringen.

Frau Miramontes nimmt diese Informationen zur Kenntnis und wird sich mit dem Thema befassen.

TOP 3	Sachantrag-Nr. 046 - "Beteiligung an der Earth Night und schrittweise Reduzierung der Lichtverschmutzung" / Sachstandsmitteilung
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2706/2022 vom 31.03.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr **zweiter Bürgermeister Stangl** erklärt, dass am Sitzungstag noch ein Änderungsvorschlag zu diesem Sachvortrag ausgeteilt wurde.

Frau **Stadträtin Dr. Zierl** stellt den Sachantrag kurz vor. Das Thema „Lichtverschmutzung“ resultiert aus dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ damit auch die nächtlichen Insekten geschützt werden. Insbesondere in die aktuelle Zeit passt das Thema Lichtverschmutzung besonders gut und wird auch vielerorts schon oft umgesetzt. Das bayerische Umweltministerium unterstützt die Aktion Earth Night.

Herr **Viehbeck von der Verwaltung** stellt den Sachvortrag vor. Der Sachantrag beschäftigt sich einerseits mit der Teilnahme an der Earth Night, andererseits mit Strategien zur Verträglichen Gestaltung der Straßenbeleuchtung. Aus Sicht der Verwaltung ist bereits eine sehr gute Strategie zur Gestaltung der Straßenbeleuchtung vorhanden. Bereits im fünften Jahr werden die Straßenbeleuchtungen durch LED Beleuchtung ersetzt. Er stellt das anhand von Merkmalen aus dem Leitfaden vor.

Er stellt den Vorschlag vor, der jetzt im fünften Bauabschnitt umgesetzt werden kann:

Vorschlag 1: Dimmen ab 16:00 Uhr – 100 %
ab 23:00Uhr – 50 %
ab 05:00 Uhr – 100 %

Vorschlag 2: Dimmen ab 22:00 Uhr – 70 %
ab 23:00 Uhr – 50 %
ab 04:00 Uhr – 70 %
ab 05:00 Uhr – 100 %

Die Zeiten sind variabel und müssen erst bei Auftragserteilung angegeben werden.

Er stellt den technischen und den rechtlichen Part zur Earth Night vor. Aus technischer Sicht ist es zwar aufwändig, es ist aber möglich. Aus rechtlicher Sicht sieht Herr Viehbeck im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht die Straßenbeleuchtung für notwendig. Einer vollständigen Abschaltung kann deshalb nicht zugestimmt werden. Vom Innenministerium wurde keine Aussage bezüglich der Möglichkeit der kompletten Abschaltung getroffen.

Herr **Stadtrat Götz** bedankt sich für die Aufbereitung des Sachvortrags. Die Teilnahme an der Earth Night ist für ihn nicht prioritär zu behandeln und er kann nachvollziehen, wenn der Aufwand für die Umsetzung zu groß ist.

Beim Thema Lichtverschmutzung handelt es sich im Sachvortrag hauptsächlich um die Straßenbeleuchtung, die sicherlich den größten Teil darstellt. Er befürwortet das Dimmen hier, es gibt allerdings noch andere Probleme die zum Thema Lichtverschmutzung gehören. Vor allem beim Veranstaltungsforum sind sehr viele Poller Leuchten die nicht gedimmt werden und keine LED Beleuchtung enthalten. Die Beleuchtung der Amper-

brücke, die die ganze Nacht angestrahlt wird. Es gibt insbesondere in Gewässern Organismen, die für einige Stunden komplette Dunkelheit benötigen. Außerdem sind häufig öffentliche Gebäude beleuchtet, für die die Stadt nicht zuständig ist, bei denen allerdings eine Beleuchtung die ganze Nacht über nicht nötig ist.

Herr Götz schlägt vor, auf die Privatpersonen und Gewerbetreibenden zuzugehen und auf die Problematik der Lichtverschmutzung hinzuweisen.

Herr zweiter Bürgermeister Stangl berichtet von einer Sitzung, mit anderen Bürgermeistern. Die Frage ab wann gedimmt werden soll, ist für viele Bürgermeister eine große Frage. Die Stadt ist hier auf dem richtigen Weg. Die Kontaktaufnahme bei Privatpersonen und Gewerbetreibenden sieht er kritisch, wenn das mit der Signatur der Stadt erfolgt.

Herr Dachsel von der Verwaltung bestätigt, dass die Stadt bereits sehr viel in der Thematik Lichtverschmutzung unternimmt. Ein weiterer großer Schritt ist, die Lichtverschmutzung bei den städtischen Liegenschaften zu reduzieren. Schwieriger ist die Handhabe bei privaten Haushalten durch die Stadt. Er sieht es als zielführender, die Personen direkt anzusprechen, als wenn die Stadt die Betroffenen anschreibt.

Herr 2. Bürgermeister Stangl empfiehlt, dass dazu nochmal ein Bericht im Rathaus-Report erscheinen soll.

Herr Stadtrat Heimerl bedankt sich für die gute Ausarbeitung des Sachvortrags. Er spricht sich dafür aus, das Thema Lichtverschmutzung nicht nur bei der Straßenbeleuchtung, sondern auch bei den städtischen Liegenschaften anzugehen. Die Stadt sollte seiner Ansicht nach nicht bei der Earth Night teilnehmen. Herr Heimerl sieht allerdings schon, dass die Stadt ein Schreiben an die Unternehmen schicken kann um auf die Lichtverschmutzung aufmerksam zu machen. Ein passender Ort für die Aufklärung wäre auch der Wirtschaftsempfang.

Herr Stadtrat Brückner bedankt sich und stellt fest, dass viel Positives gesagt wurde. Herr Brückner legte dem Gremium eine Bestandsaufnahme vor, wo nachts Licht brennt. Unter anderem die Amperbrücke, die Parkplätze der Amperoase und das Schulzentrum am Tulpenfeld sowie die Gewerbegebiete. Vorbildlich dagegen sind das Viscardi-Gymnasium, das Finanzamt, das Landratamt sowie die Baumärkte, diese sind nachts nicht beleuchtet.

Herr Brückner stellt einen Änderungsantrag (siehe Beschluss Punkt 2).

Frau Stadträtin Dr. Zierl stellt ebenfalls einen Änderungsantrag (siehe Beschluss Punkt 1).

Frau Stadträtin Weinberg bittet trotzdem nochmal, dass man auf die Gewerbetreibenden zugehen sollte. Die Idee wäre, dass die Klimaschutzbeauftragte diese kontaktiert und evtl. ein Plakat erstellt z. B. „Unser Unternehmen ist umweltfreundlich, deshalb schalten wir das Licht um 22.00 Uhr ab“.

Herr 2. Bürgermeister Stangl meint hierzu, dass man wahrscheinlich mehr erreichen wird, wenn man es persönlich macht. Außerdem wäre es ein großer Aufwand für die Verwaltung Plakate zu erstellen.

Herr Dachsel weist darauf hin, dass die neue Klimaschutzbeauftragte eine große Liste bekommt, die höchste Dringlichkeit beinhalten und da muss man sich schon überlegen, wie man die Arbeitskapazitäten einsetzt.

Frau Stadträtin Rubin versteht beide Seiten, auch die Seite der Verwaltung. Wenn man ein einziges Mal ein Mail formulieren könnte und dieses an die Gewerbetreibenden schickt wäre dies kein großer Aufwand.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau nimmt die Sachstandsmitteilung zum Sachantrag-Nr. 046 – „Beteiligung an der Earth Night und schrittweise Reduzierung der Lichtverschmutzung“ zur Kenntnis.

Geänderter Beschluss:

1.

Die Stadt Fürstenfeldbruck beschließt, die nächtliche Außenbeleuchtung, insbesondere an öffentlichen Flächen, städtischen Liegenschaften und bei der Straßenbeleuchtung, schrittweise auf das jeweils nötige Minimum zu reduzieren, zum einen zum Schutz der nachtaktiven Tierwelt und zum anderen um Energie zu sparen.

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

2.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, an Hand der ausgereichten Bestandsaufnahme, dem Stadtrat über die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben, der Leitlinien des Bayer. Umweltministeriums und der Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutz-Initiative in Bezug auf

- Umfang von Anstrahlungen und Beleuchtungen,
- Lichtintensität und Beleuchtungsklasse,
- Lenkung,
- Dauer und Beleuchtung und
- Lichtfarbe

in ihren Liegenschaften zeitnah zu berichten, bzw. Beleuchtungen abzustellen, die den Vorgaben und Leitlinien widersprechen.

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 1

3.

Die Verwaltung wird beauftragt die Dimmprofile zu bestellen und diese so einzurichten, dass ab 23.00 Uhr 50 % der Leistung und ab 5.00 Uhr morgens 100 % der Leistung in Anliegerstraßen ausgeleuchtet werden.

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen 0

4.

Die Stadt nimmt sich zur Aufgabe die Gewerbetreibenden in Fürstenfeldbruck auf das Thema Lichtverschmutzung und Lichteinsparung an verschiedenen Stellen hinzuweisen. Beispielhaft seien genannt, der Wirtschaftsempfang, der Rathausreport und eine direkte Kontaktaufnahme entweder persönlich oder durch Email-Verkehr.

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 2

TOP 4	Vergabe Erneuerung Busspur Geschwister-Scholl-Platz
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2750/2022 vom 02.06.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Ohne Diskussion kommt das Gremium zu folgendem

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Arbeiten für die Erneuerung der Busspur am Geschwister-Scholl-Platz an die Firma Alfons Lammich Tief- und Straßenbau, Rudolf-Diesel-Ring 9, 82256 Fürstenfeldbruck zu einem Gesamtbruttopreis von 196.199,55 EUR zu vergeben.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0

TOP 5	Vergabe "Wechsel bestehender Straßenlichtpunkte im Stadtgebiet auf LED-Technik", Abschnitt 5
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2751/2022 vom 02.06.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Ohne Diskussion kommt das Gremium zu folgendem

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt die Arbeiten für den 5. Abschnitt des Wechsels bestehender Straßenlichtpunkte im Stadtgebiet auf LED-Technik an die Fa. ENACO GmbH, Tulpenstr. 19 in 82216 Maisach zu einem Gesamtbruttopreis von 199.745,61 € zu vergeben.

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

TOP 6	SA Nr. 81 Radverkehrssicherheit erhöhen - Einrichtung einer Fahrradzone in der H.-Sachs-Str., Luitpoldstr. und dem Stockinger Weg und Freigabe der Luitpoldstraße für Radverkehr in Gegenrichtung
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2687/2022 vom 15.03.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau **Thron von der Verwaltung** führt kurz in den Sachvortrag ein und betont, dass der Antrag nur oberflächlich bearbeitet wurde. Dieser Antrag ist genauso schon im VEP enthalten. Die Verwaltung schlägt vor, diesen dann zu behandeln, wann er beim VEP an der Reihe ist.

Herr **Stadtrat Brückner** stimmt der Vorgehensweise zu, den Antrag während des VEP zu behandeln. Zusätzlicher Bestandteil des Antrags ist die Luitpoldstraße in der Gegenrichtung für Fahrräder frei zu geben. Dort ist eine Fahrradtrasse, die abseits der verkehrsreichen Straßen führt. Dort fahren bereits jetzt sehr viele Fahrradfahrer entgegen der Richtung. Außerdem wird in diesem Bereich auch unerlaubt auf dem Gehweg geparkt. Herr Brückner bittet darum, dass diese Thematik zeitnah behandelt wird.

Frau **Thron von der Verwaltung** würde gerne die Markierungen direkt umsetzen. Das ist aber nicht möglich, da der Randstein nicht durchgängig max. 3 cm hoch ist. Der Tiefbau hat hier auf Nachfrage bestätigt, dass nicht nur ein Stück ausgetauscht werden kann.

Herr **Dachsel von der Verwaltung** bestätigt, dass es aus technischer Sicht nicht einfach abgefräst werden kann, die Steine sind dann nicht mehr fest genug. Für die Maßnahme sind einige mehr Dinge zu beachten, u. a. auch wegen der Entwässerung auf der Straße. Um eine dauerhafte Lösung handelt es sich hierbei nicht.

Herr **Stadtrat Heimerl** findet es unbedenklich, wenn der Antrag noch nicht sofort behandelt werden kann. Problematischer ist es erst auf dem Stockmeierweg, wenn dort in der Früh die stehenden Personen zusammen treffen mit den Fußgängern und Fahrradfahrern. Es gibt derzeit dringendere Angelegenheiten, die im Verkehrsbereich behandelt werden sollten.

Herr **Stadtrat Bosch** schließt sich der Meinung von Herrn Heimerl an, dass der Antrag erst zu einer späteren Zeit behandelt wird. Er bezweifelt, ob alle Einbahnstraßen für die Fahrradfahrer freigegeben werden müssen.

Frau **Stadträtin Dr. Zierl** sieht hier auf jeden Fall Verbesserungsbedarf, ist allerdings auch einverstanden, wenn der Antrag nicht jetzt behandelt wird, sondern dann während der Umsetzung des VEP. Vor allem die Luitpoldstraße ist für sie ein Beispiel für den verkehrsberuhigten Bereich und bittet hier um Prüfung. Die Freigabe der Luitpoldstraße für Fahrradfahrer entgegen der Richtung ist auf jeden Fall erforderlich.

Herr **Stadtrat Brückner** ist mit der Verschiebung auf einen späteren Zeitpunkt einverstanden. Er kann nicht verstehen, dass der Tiefbau sich bei dieser Maßnahme quer stellt, es handelt sich nur um eine Kleinstmaßnahme. Mit einem verkehrsberuhigten Bereich ist Herr Brückner nicht einverstanden. Die Fahrradfahrer wollen nicht Schrittgeschwindigkeit fahren sondern es muss mind. eine Zone 30 sein. Er kann dem Beschlussvorschlag der Verwaltung so zustimmen.

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. in der Hans-Sachs-Straße, Luitpoldstraße und dem Stockmeierweg eine gemeinsame Fahrradzone einzurichten.
2. die Luitpoldstraße in Gegenrichtung zur Einbahnregelung für den Radverkehr freizugeben.

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Der UVT beauftragt die Verwaltung, nach Abschluss der im November 2021 beschlossenen Schlüsselmaßnahmen zu prüfen, ob in der Hans-Sachs-Straße, Luitpoldstraße und dem Stockmeierweg eine gemeinsame Fahrradzone eingerichtet werden kann.

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 0

TOP 7	Attraktivität des Radverkehrs erhöhen - Errichtung von Schutzstreifen am Leonhardsplatz und in der Münchner Straße zwischen Amperbrücke und Stockmeierweg als Sofortmaßnahme
--------------	---

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2688/2022 vom 15.03.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau **Thron von der Verwaltung** erläutert kurz den Sachvortrag. Es handelt sich hier um eine temporäre Maßnahme, bis die Münchner Straße umgebaut wird. Für diese Maßnahme ist die Zustimmung des staatlichen Bauamts notwendig, da es sich um eine Bundesstraße handelt. Frau Thron verweist auf den Lageplan im Sachvortrag. Ein beidseitiger Schutzstreifen ist aufgrund der Breite der Fahrbahn nicht möglich. Ein breiter Schutzstreifen stadteinwärts wäre möglich. Es wurde ein abweichender Beschlussvorschlag vom Antrag formuliert, da auch die Kosten vom staatlichen Bauamt übernommen werden müssen, die Möglichkeit allerdings besteht, dass hier keine Zustimmung erteilt wird und die Kosten von der Stadt zu tragen sind.

Die Sanierung der Münchner Straße soll nach der Sanierung der Augsburger Straße erfolgen, ein genauerer Zeitplan soll im nächsten UVT vorgestellt werden.

Herr **Stadtrat Brückner** gibt die verzögerte Bauphase zu bedenken. Die Sanierung der Augsburger Straße ist bereits verzögert und könnte sich noch weiter verzögern, auch wenn das staatliche Bauamt keine Kapazitäten für die Planung hat, wird sich die Sanierungsmaßnahme in der Münchner Straße noch weiter verzögern. Er befürwortet deshalb den Schutzstreifen sehr, kann auch mit dem Vorschlag der Verwaltung leben, dass der Streifen nur stadteinwärts errichtet werden soll. Auf Höhe des Fußgängerüberwegs ist genügend Platz vorhanden, damit der Schutzstreifen markiert werden kann, ohne die Mittellinie zu verrücken. In der Gegenfahrbahn wird auf jeden Fall die Breite der Fahrbahn erhalten bleiben. Herr Brückner möchte die Kosten für das Abfräsen der Mittellinie einsparen. Die Roteinfärbung um die Kurve bei der Leonhardikirche würde die Verkehrssicherheit deutlich erhöhen.

Frau **Stadträtin Dr. Zierl** bedankt sich bei Frau Thron für den konstruktiven Vorschlag im Beschlussvorschlag. Sie befürwortet sehr, dass zumindest auf einer Seite der Schutzstreifen errichtet werden soll. Sie spricht sich für die Kosteneinsparung aus, da es sich um eine temporäre Maßnahme handelt, der Schutzstreifen allein wird schon eine deutliche Verbesserung in der Verkehrssicherheit bringen. Frau Dr. Zierl fragt, ob es möglich ist bei der Einmündung der Fürstenfelder Straße in die Münchner Straße neben der Markierung für die links abbiegenden Autos auch einen „Minischutzstreifen“ für Fahrräder zu markieren. Damit die Fahrräder nicht auf der Rechtsabbiegerspur der Autos stehen müssen. Frau Thron wird sich das vor Ort ansehen.

Herr **Stadtrat Heimerl** fragt sich, ob bei der Errichtung des Fahrradschutzstreifens nicht Augenwischerei betrieben wird. Die Busse müssen an dieser Stelle eine große Kurve fahren, um auf die Straße einbiegen zu können. Er fragt sich, ob die Markierung wirklich zu einer Verbesserung für den Radverkehr beiträgt, oder ob der Schutzstreifen dann tatsächlich gar nicht genutzt werden kann.

Er fragt, ob, wie bereits seit mehreren Jahren in den Förderrichtlinien enthalten, über das Grundstück der Kiener-Stiftung eine Radwegeverbindung geschaffen werden kann. St. Magdalena ist mit der Errichtung des Pfarrsaals schon sehr weit. Bislang gibt es keine neuen Planungen.

Frau **Stadträtin Dr. Zierl** fragt, ob das staatliche Bauamt für die Maßnahme gefragt werden muss, im weiteren Verlauf der Hauptstraße konnte die Markierung ohne Zustimmung vom staatlichen Bauamt durchgeführt werden.

Frau **Thron von der Verwaltung** antwortet, dass es in der Regel so verläuft, dass die Stadt als Große Kreisstadt Anordnungsbehörde ist und das staatliche Bauamt vollzieht.

Sollte zuvor aber keine Zustimmung gegeben werden, sind die Kosten von der Stadt zu tragen.

Herr **zweiter Bürgermeister Stangl** schlägt vor, dass wenn das staatliche Bauamt nicht zustimmt, der Vorschlag, die Kosten selbst zu tragen nochmal dem Gremium vorgelegt werden soll. Es handelt sich dann um einen Abwägungsprozess, ob die Gelder sinnvoller eingesetzt werden können.

Herr **Stadtrat Bosch** ist sich sicher, dass in der Praxis die Markierung keine Wirkung zeigt. An dieser Stelle funktioniert der Vorschlag nur in der Theorie. Zu den Stoßzeiten ist dort viel Verkehr, der dann auf dem Schutzstreifen stehen wird.

Nach reger Diskussion kommt das Gremium zu folgendem

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, im Zuge der B2 am Leonhardsplatz und in der Münchner Straße zwischen Amperbrücke und Stockmeierweg beidseits rote Schutzstreifen für Radfahrende abzumarkieren.

Beschluss Verwaltung:

Der UVT beauftragt die Verwaltung mit dem Staatlichen Bauamt Freising in Kontakt zu treten und sich für die Markierung eines Schutzstreifens stadteinwärts, zwischen Fußgängerüberweg Höhe Stockmeierweg und Amperbrücke, in einer Breite von 1,75m einzusetzen.

Der Schutzstreifen soll jedoch mindestens in Regelbreite von 1,50 m markiert werden.

Ja-Stimmen: 6

Nein-Stimmen: 5

TOP 8	Neuordnung und Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in der Hauptstraße
--------------	--

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 2707/2022 vom 01.04.2022 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau **Miramontes von der Verwaltung** stellt den Sachvortrag vor. Es wurde ein Maßnahmenprogramm mit 60 plus Maßnahmen die in sieben Handlungsfelder organisiert sind beschlossen. Sie berücksichtigen alle Verkehrsmittel.

In der Innenstadt gibt es vier Schlüsselmaßnahmen die schnell umgesetzt werden können, mit wenig Geld. Eine Schlüsselmaßnahme ist der verkehrsberuhigte Geschäftsbereich z. B. in der Schöngeisinger Straße, in der Kirchstraße und in der Pucher Straße. Es wird eine Entlastung von ca. 2.500 Kfz/ Tag in der Schöngeisinger Straße und in der Hauptstr. von ca. 500 Kfz/ Tag erwartet.

Die Aufenthaltsqualität soll in der Pucher Straße erhöht werden.

Im Verkehrsentwicklungsplan sind noch mehr Maßnahmen enthalten, als jetzt vorgeschlagen werden. Die Konzentration in diesem Beschlussvorschlag liegt auf der Hauptstraße.

Frau **Thron von der Verwaltung** möchte noch ergänzen, dass im VEP von Zone eingeschränktes Haltverbot gesprochen wird. Die Hauptstraße ist allerdings eine besondere Straße. Bei Ausweisung einer Zone eingeschränktes Haltverbot würde auch auf dem Mittelstreifen (= Rettungsgasse) und auf dem Schutzstreifen eingeschränktes Haltverbot gelten. Da aber absolutes Haltverbot erforderlich ist, muss die umfangreiche Beschilderung gewählt werden.

Frau **Stadträtin Dr Zierl** bedankt sich für die gute Ausarbeitung. Sie begrüßt sehr, dass die „Durchreisenden“ weiterhin kurze Besorgungen erledigen können. Die Bürger, die in der Stadt arbeiten jedoch die Parkplätze dort nicht mehr dauerhaft nutzen können. Außerdem freut sie sich sehr über die Lastenradparkplätze.

Sie möchte noch zum Thema Pucher Straße/ Schöngeisinger Straße anregen, dort auch Parkplätze für Fahrräder einzurichten.

Herr **Stadtrat Kellerer** bedankt sich auch für die gute Ausarbeitung, er ist jedoch noch etwas skeptisch, wie die Umsetzung dann funktioniert. Er bittet darum nur über die ersten zwei Punkte des Beschlussvorschlags abzustimmen und den dritten Punkt nochmal zu vertagen, da die Anlage dazu nicht vorgelegen hat.

Herr **Stadtrat Halbauer** erkundigt sich, ob die Freischankflächen wieder auf den ursprünglichen Bereich zurückkommen sollen. Er verweist auf das Konzept in Landsberg, dort funktioniert es sehr gut. Er begrüßt die Tempo 20 Zone in der Schöngeisinger Straße sehr, die Parkplatzsituation dort sollte aber auch nochmal begutachtet werden. In der Pucher Straße sollte nochmal nachgedacht werden, wie der Platz dort attraktiv gestaltet und genutzt werden kann. Der öffentliche Raum muss neu gestaltet werden.

Frau **Thron von der Verwaltung** erklärt, dass es im nächsten Jahr wieder die Freischankflächen geben wird bis max. 40 qm. Die Gaststättenbetreiber wurden einzeln dazu befragt, wie die jeweilige Freischankfläche im nächsten Jahr aussehen soll. Frau Thron erklärt die Problematik mit den vergrößerten Freischankflächen und der dazu gehörigen Beschilderung. Die Vergrößerung der Freischankfläche von über 40 qm ist nicht möglich, da sonst eine Baugenehmigung nötig wird.

Herr **2. Bürgermeister Stangl** bittet darum, damit nicht allzu viel Zeit verloren geht, den Punkt 3 des Beschlussvorschlags zurück an die Fachleute zu geben und dann erneut im Juli Stadtrat zu diskutieren.

Es wäre besonders wünschenswert, wenn die Pucher Straße mehr Aufenthalts Qualität erhält und dort ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich verwirklicht werden kann.

Herr **Stadtrat Heimerl** bedankt sich für die Ausführungen und die Aufarbeitung im Sachvortrag. Er schließt sich hier den Ausführungen von Herrn Stangl an, dass es wünschenswert ist, dass die Pucher Straße aufgewertet wird. Er fragt nach, ob man anstelle der Ausweisung von Lastenradparkplätzen nicht einfach mehr normale Fahrradparkplätze geschaffen werden können. Er regt an, ob nicht die temporär genutzten Parkplätze noch etwas eingeschränkt werden können und dort mehr Bäume etc. gepflanzt werden können.

Herr **Stadtrat Brückner** bedankt sich für die Ausarbeitung des Sachvortrags. Er stimmt dem Vorschlag zu, ggf. noch Bäume in der Hauptstraße unterzubringen. Für die Pucher Straße schlägt er vor, ob nicht die Parkplätze entlang der Straße ab und zu auf die andere Straßenseite verlegt werden können. Die Pucher Straße leidet seiner Ansicht nach sehr an dem Durchschuss.

Nach reger Diskussion kommt das Gremium zu folgendem

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt nach Abstufung der St 2054 einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich in der Schöngeisinger Straße anzuordnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, wie durch beispielsweise temporäre Umgestaltungsmaßnahmen die Aufenthaltsqualität der Pucher Straße erhöht werden kann, damit die Anordnung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs zulässig ist.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die im Sachvortrag vorgeschlagenen Änderungen in der Beschilderung und die Nutzungsänderungen in der Hauptstraße umzusetzen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt nach Abstufung der St 2054 einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich in der Schöngeisinger Straße anzuordnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, wie durch beispielsweise temporäre Umgestaltungsmaßnahmen die Aufenthaltsqualität der Pucher Straße erhöht werden kann, damit die Anordnung eines verkehrsberuhigten Geschäftsbereichs zulässig ist.

Ja Stimmen: 9

Nein Stimmen: 2

3. **Die Verwaltung wird beauftragt die im Sachvortrag vorgeschlagenen Änderungen in der Beschilderung und die Nutzungsänderungen in der Hauptstraße umzusetzen.**

Punkt 3 wird in der Stadtratssitzung am 26.07.2022 behandelt.

Ja-Stimmen: 9

Nein-Stimmen: 2

TOP 9	Europäische Mobilitätswoche 2022 und autofreier Sonntag
--------------	--

Sachvortrag:

Frau **Miramontes von der Verwaltung** gibt kurz bekannt, dass es die europäische Mobilitätswoche bereits seit 2019 gibt und den Autofreien Sonntag auch seit letzten Jahr. Diese wurden dann miteinander kombiniert.

Die Stadt wurde mit dem ersten Platz bundesweit ausgezeichnet für das beste Programm während der Mobilitätswoche. Gerne gibt sie diesen Preis weiter.

Auch dieses Jahr will die Stadt wieder bei der europäischen Mobilitätswoche teilnehmen. Dazu wurde eine Homepage entworfen gemeinsam mit dem Landratsamt. Gerne kann man sich darauf das neue Programm erkundigen. Falls noch Organisatoren bekannt sind, die dort gerne teilnehmen würden, können diese sich gerne melden.

TOP 10	Verschiedenes
---------------	----------------------

Herr **2. Bürgermeister Stangl** erklärt kurz, dass vor der Sitzung Frau Gessner und Herr Kappelmeir von der Verwaltung auf ein Problem hingewiesen haben und dieses kurz in der Sitzung erläutern möchten.

Frau **Gessner** erklärt kurz die Problematik: Um am Knotenpunkt Wilhelm-Busch-Straße/ Kurt-Schumacher-Straße die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wurde beschlossen die Schutzstreifen zu verbreitern. Der Platz dafür ist vorhanden. Dabei ist aber folgende Problematik aufgetreten, die bisherige Markierung ist eingelassen und muss mittels einer Fräse abgefräst werden. Mit der vorhandenen Fräse können nur 25 cm abgefräst werden, nicht nur die benötigten 12 cm. Der Rest muss wieder aufgefüllt werden, so dass Unebenheiten bzw. Phantommarkierungen (wenn man nur darüber teert) auf der Fahrbahn entstehen.

Frau Gessner möchte deshalb das Meinungsbild der Ausschussmitglieder abfragen, welche Maßnahme als die Geeignetste erscheint.

Es soll von Frau **Gessner** geprüft werden, was eine neue Fräse kosten würde, die die 12 cm ausfräsen kann.

Herr 2. Bürgermeister Stangl beendet die Sitzung.

Christian Stangl
2. Bürgermeister

Christine Hess
Schriftführerin